

**Der Grosse Rat Le Grand Conseil
des Kantons Bern du canton de Berne**

Montag (Nachmittag), 2. September 2019 / Lundi après-midi, 2 septembre 2019

Staatskanzlei / Chancellerie d'Etat

**11 2018.RRGR.735 Motion 275-2018 SP-JUSO-PSA (Funicello, Bern)
Freier 8. März für die Frauen* im Kanton Bern**

**11 2018.RRGR.735 Motion 275-2018 PS-JS-PSA (Funicello, Berne)
Instauration d'un jour férié pour les femmes le 8 mars**

Präsident. Wir kommen zum Traktandum 11, eine Motion, wiederum von Tamara Funicello: «Freier 8. März für die Frauen* im Kanton Bern». Ich gebe Tamara Funicello ... Entschuldigen Sie, es ist eine Motion der SP-JUSO-PSA-Fraktion! Tamara Funicello ist Sprecherin, ich gebe ihr das Wort.

Tamara Funicello, Bern (JUSO). Ich erzählte meiner Mutter am Wochenende, dass heute diese Motion für Lohngleichheit traktandiert wird. Ihre Reaktion brachte diese leidige Debatte sehr präzise auf den Punkt. Sie sagte nämlich: «Ich kann nicht glauben, dass ihr immer noch für den gleichen «Chabis» kämpfen müsst wie schon wir.» Ja, meine Mami ist eine pointierte und sehr weise Frau. Nicht nur meine Mami kämpfte schon für Lohngleich, sondern auch schon meine Grossmami. Seit 38 Jahren steht in der Verfassung (*Bundesverfassung der Schweizerischen Eidgenossenschaft, BV / Constitution fédérale de la Confédération suisse, Cst.*), dass es gleichen Lohn für gleiche Arbeit gibt. Seit 38 Jahren wird diese Verfassung einfach komplett ignoriert! Da muss ich schon ein bisschen lachen, wenn von Ihrer Seite die «Durchsetzungsinitiative» kommt. 657 Franken pro Monat verdienen Frauen weniger als Männer, für die gleiche Arbeit! Dies muss man sich schon auf der Zunge zergehen lassen: 657 Stutz! Diese fehlen nämlich nicht nur den Frauen, diese fehlen den Familien, diese fehlen in den Sozialversicherungen, diese fehlen in der Wirtschaft. Denn sie fehlen nämlich auch zum Ausgeben. Das sind gesamtgesellschaftlich rund 7,7 Mrd. Franken, die Frauen für die genau gleiche Arbeit weniger verdienen. Dies hat nichts mit Leistung, nichts mit der Ausbildung, nichts mit den Positionen zu tun, sondern nur mit dem Körper, wenn wir denn schon bei biologischen Merkmalen sind. Deshalb wird man weniger bezahlt. Ganz ehrlich, meine Freiheit sieht anders aus!

Zu den 657 Franken kommt noch hinzu, dass Frauen einen Grossteil der Arbeit zu Hause leisten und deshalb kleinere Pensen haben. Dies führt dazu, dass Frauen Ende Jahr ganze 108 Mrd. Franken weniger auf dem Konto haben als Männer, obwohl sie rein von der Anzahl Stunden her genau gleich lang arbeiten. Unter dem Strich heisst dies, dass die Zeit der Frauen weniger wert ist. Gleiche Arbeit für gleichen Lohn – seit über 38 Jahren warten wir darauf, dass wir endlich gerecht behandelt werden! Nun, liebe Leute, meine Geduld und die der einreichenden Motionärinnen und Motionäre sowie jene von Hundertausenden von Frauen ist aufgebraucht. Wir haben die Nase voll! Wir haben die Nase voll, nett zu bitten, wir haben die Nase voll davon, irgendwelche Ausflüchte zu hören, weshalb für gleiche Arbeit nicht der gleiche Lohn ausbezahlt werden soll. Über eine halbe Million Frauen machten am 14. Juni klar, dass sie nicht mehr warten mögen. Ich denke, ein solches Zeichen wollten wir klar wahrnehmen.

Der Regierungsrat sagt, diese Motion sei nicht der richtige Weg. Dann frage ich mich schon, was denn der richtige Weg ist. Soll man es in die Verfassung schreiben? – Well, been there, done that! Und? – Nichts ist passiert. Ungewöhnliche Umstände erfordern ungewöhnliche Mittel. Würde ich mir wünschen, dass die Lohngleichheit ohne weiteres Dazutun erreicht wird? Ja, logisch! Aber so utopisch bin nicht einmal ich unterwegs. Wenn nicht ein gewisser Zwang ausgeübt wird, wird nichts geschehen. An all jene, die jetzt denken, «Aber es geht ja in die richtige Richtung», nur so viel: deine Mutter! Frag' deine Mutter! Denn deine Mutter hat nämlich schon dafür gekämpft. Die Regierung sagt, wir seien auf dem guten Weg. Sorry, da muss ich auch ein bisschen lachen: Wenn man nach 38 Jahren in der Kantonsverwaltung immer noch einen Lohnunterschied von 12,4 Prozent hat, beziehungsweise von 2,3 Prozent, dann ist dies schlicht und einfach inakzeptabel und nicht auf dem guten Weg.

Wenn Frauen, nur, weil sie Frauen sind, weniger bezahlt werden, dann müssen einfach konkretere Massnahmen her, konkretere Massnahmen, als eine Charta zu unterschreiben und eine Selbstdeklaration zu machen. Auch die vom nationalen Parlament verabschiedete Lohnanalyse, die von Unternehmen mit mehr als hundert Angestellten alle vier Jahre erstellt werden muss – ich glaube, diese darf man gerne mit dem Begriff «heisse Luft» umschreiben.

Ja, es steckt eine gewisse Symbolik in dieser Motion. Doch dazu zwei Punkte: Erstens ist ein Tag frei nicht nur symbolisch, sondern das spürt man, und vor allem die Frauen spüren es. Wahrscheinlich ist dies eines der konkretesten Dinge, die wir in den letzten paar Jahren für sie gemacht haben. Es ist doch nur fair, dass wenn Frauen für die gleiche Arbeit weniger bezahlt werden, sie auch weniger arbeiten müssen. Zweitens braucht es in der Geschichte manchmal eine starke Symbolik. Manchmal muss man Zeichen setzen. Wir könnten hier und heute, beziehungsweise wahrscheinlich morgen, ein Zeichen setzen. Berlin hat es übrigens bereits eingeführt, und auch die Stadt Bern für die städtischen Angestellten. Diese nahm nämlich vor wenig mehr als einem Jahr die gleiche Motion für städtische Angestellte an. Ganz ehrlich, wenn es einen Tag pro Jahr braucht, um die Leute ein wenig wütend zu machen, damit sich endlich etwas ändert, dann bin ich sehr, sehr gerne bereit, diesen Tag auch einzuführen.

Wir, wir sind die Söhne und Enkelinnen jener Frauen, die den Lohngleichheitsartikel in unsere Verfassung schrieben. Ich bitte Sie, jene Generation zu sein, die dies *endlich* durchsetzt! Danke.

Präsident. Für die Fraktion BDP: Monika Gygax.

Monika Gygax-Böninger, Obersteckholz (BDP). «Freier 8. März für die Frauen* im Kanton Bern» – eine klare Forderung, und die Begründung dazu beruht auf Fakten, Tatsachen, Zahlen und ist deshalb auch nicht aus dem Tierbuch. Wir wissen alle, dass die Gleichstellung von Mann und Frau, insbesondere bei der Lohngleichheit, zwar gesetzlich, ja verfassungsmässig geregelt ist. Selbstverständlich werden die statistischen Zahlen nicht überall das gleiche Bild ergeben, beziehungsweise sie werden nicht überall gleich interpretiert oder gleich verstanden.

Welche Möglichkeiten gibt es jetzt, um die doch offensichtliche Lohndiskriminierung, die seit Jahren bekannt ist und tatsächlich besteht, im besten Fall zu beheben oder zumindest zu vermindern? Was wollen wir Frauen? Was nützt uns Frauen ein freier Frauentag, alle Jahre am 8. März? – Nein, bei aller Sympathie dafür, ab und an einmal ein Zeichen setzen zu wollen und zu sollen. Dies kann weder eine Lösung noch ein gutes Zeichen sein für uns Frauen. Wenn wir Frauen Veränderungen und Gerechtigkeit wollen – und wir BDP-Frauen wollen dies, notabene mit hundertprozentiger Unterstützung unserer BDP-Männer –, dann müssen es Lösungen sein, die nicht weitere Ungerechtigkeiten unter uns Frauen entstehen lassen. Ein freier Tag ist gut und recht. Aber was tun Mütter, insbesondere noch alleinerziehende, die Kinder haben, die auch am 8. März zur Schule gehen, auf Zeit daheim essen wollen und müssen und am Nachmittag Aufgaben machen müssen et cetera? Was bedeutet ein Tag für solche Frauen? Oder für Frauen, die freiwillig Angehörige pflegen? – Diese können ihre Angehörigen an diesem 8. März wohl nicht einfach sitzen lassen. Oder auch einfach jene Frauen, die auf den Job angewiesen sind und es sich nicht leisten können, einem Arbeitgeber, der eben die Gleichheit nicht umsetzt, so wie es richtig wäre, und deshalb allenfalls mit Kündigung droht, wenn eine Frau am 8. März einen freien Tag einfordert; oder die Bauernfrauen, die in diesem Sinn keine Anstellung haben, aber als Teil eines Betriebs allenfalls zu Tieren schauen. Man könnte noch viel mehr aufzählen.

Nein, wer die Augen nicht vor der Realität verschliesst, sieht selbst, dass es dadurch mehr Probleme gibt und vor allem noch mehr Ungerechtigkeiten, als Probleme gelöst würden. Seien wir Frauen doch ehrlich und vor allem solidarisch: Wir wollen Gleichberechtigung, wir wollen Lohngleichheit, wir wollen ernst genommen werden, wir wollen gleiche Chancen auf der Karriereleiter wie Männer, wir wollen mehr als einen symbolisch freien Tag. Dies jetzt, sofort und in allen Bereichen! Also für Arbeitnehmerinnen, Alleinerziehende, Bauernfrauen, freiwillig Arbeitende, Selbstständigerwerbende. Es ist ein grosses Thema mit ganz vielen Baustellen. Mit einem solchen Vorstoss kann man zwar etwas Lärm machen, aber das nützt uns Frauen nichts, im Gegenteil, es schadet uns. Wenn die BDP diesen Vorstoss ablehnt, dann keinesfalls – und dies sage ich deutlich –, weil wir den grossen Handlungsbedarf nicht sehen würden. Die BDP fordert ebenfalls explizit, dass die Lohngleichheit, die Gleichstellung von Mann und Frau und damit die Rechte, die uns Frauen schon lange in der Verfassung (*Bundesverfassung der Schweizerischen Eidgenossenschaft, BV / Constitution fédérale de la Confédération suisse, Cst.*) zugesichert werden, umgesetzt werden. Aber eben: Eine nachhaltige Gleichstellung und dies für alle Frauen, über die Kantonsgrenzen hinweg, ob für Angestellte,

Hausfrauen, ob für Freiwillige, Bauernfrauen oder ob für Alleinerziehende ... oder, oder, oder. Deshalb: Die BDP will nicht einen freien Tag, die BDP will eine *echte* Gleichstellung für alle Frauen. Danke, wenn wir alle auf dieses Ziel hinarbeiten, mit praxistauglichen Massnahmen und mit Elan! Danke fürs Zuhören.

Kurt Zimmermann, Frutigen (SVP). Es ist nicht ganz einfach, als Mann zu einem spezifischen Frauenthema Stellung zu nehmen. Ich versuche, in Anbetracht der Zeit, trotzdem nicht allzu lang zu werden. Der Lohnunterschied für gleichwertige Arbeit zwischen Frau und Mann im privaten Wirtschaftszweig ist eine Tatsache, das ist uns allen bekannt. Besser sieht es in der Verwaltung aus, wo der Lohnunterschied kleiner, aber auch vorhanden ist. Die SVP-Fraktion schliesst sich den meisten Argumenten des Regierungsrates an und lehnt einen Feiertag für Frauen ab, weil es aus unserer Sicht kein geeignetes Mittel ist, um die bestehende Problematik zu verbessern.

Das Bundesparlament verabschiedete im Jahr 2019 die Änderung des Bundesgesetzes über die Gleichstellung von Frau und Mann (Gleichstellungsgesetz, GIG), mit dem die Arbeitgeber mit über hundert Mitarbeitenden verpflichtet sind, alle vier Jahre eine Lohngleichheitsanalyse durchzuführen. Dies wird gemacht, wie ich mir habe sagen lassen. Die Erwartungen des Regierungsrates und auch jene der SVP sind, dass sie mit diesem Instrument die Lohngleichheit in Zukunft besser erfüllen können. Das hoffen wir jedenfalls. Erwähnenswert ist, dass bereits heute Anbieter im öffentlichen Beschaffungswesen die Lohngleichheit einhalten müssen, sonst werden sie von der Teilnahme am Verfahren ausgeschlossen. Aus diesen Gründen lehnt die SVP diese Motion einstimmig ab.

Präsident. Daniel Klauser hat gesagt, die Zeit reiche noch. Ich gebe ihm das Wort.

Daniel Klauser, Bern (Grüne). Genau, jetzt bin ich ein bisschen unter Druck! Ich glaube, die Grünen stehen definitiv nicht im Verdacht, dass sie sich nicht für Lohngleichheit auf allen politischen Ebenen, insbesondere auch auf nationaler Ebene, einsetzen würden. Wir diskutierten in der Fraktion sehr intensiv über diesen Vorstoss und stellten uns insbesondere die Frage: Leistet dieser Vorstoss einen Beitrag zum Ziel, das wir zu 100 Prozent teilen, nämlich, dass es Lohngleichheit für Männer und Frauen geben soll? – Darüber diskutierten wir kontrovers, und eine Mehrheit der Fraktion kam zum Schluss, dies sei kein konstruktiver Beitrag zu diesem Ziel.

Ich könnte nun lange ausführen, weshalb wir zu diesem Schluss gekommen sind. Ich kann aber auf das brillante Votum meiner Vorrednerin verweisen, der Sprecherin der BDP, die sehr, sehr gut ausgeführt hat, weshalb man eben zum Schluss kommen kann, dass man diesen Vorstoss nicht unterstützt, auch wenn man sich zu 100 Prozent, auch auf bürgerlicher Seite, als bürgerliche Frau, für Lohngleichheit einsetzt. Deshalb wird eine Mehrheit der grünen Fraktion diesen ablehnen; es wird auch Enthaltungen und einzelne Ja-Stimmen geben.

Präsident. Liebe Kolleginnen und Kollegen, somit unterbreche ich die Session für heute. Wir fahren morgen um 9 Uhr weiter. Danke für das angenehme Diskutieren, für das Ruhigsein! Einen schönen Abend.

Hier werden die Beratungen unterbrochen. / Les délibérations sont interrompues à ce stade.

Schluss der Sitzung um 16.30 Uhr. / Fin de la séance à 16 heures 30.

Die Redaktorinnen / Les rédactrices
Eva Schmid (d/f)